1 von 3 Automatischer Zoom

Fundstellen für:
Urheber:in, Seif

Seite 1

Antrag

der Abgeordneten Dennis Thering, Richard Seelmaecker, Dennis Gladiator, Silke Seif, Birgit Stöver (CDU) und Fraktion

Betr.: Immer mehr straffällige Kinder: Kinder- und Jugendkriminalität konsequent bekämpfen!

Während die polizeilich registrierte Kriminalität von Jugendlichen im vergangenen Jahr erfreulicherweise leicht zurückgegangen ist, ist die von Kindern begangene Kriminalität gestiegen: Es wurden 2.868 Kinder polizeilich erfasst, von denen 45,1 Prozent keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten (Drs. 23/4445). Besonders alarmierend ist die Zunahme im Bereich gefährlicher und schwerer Körperverletzungen (+57 Kinder, +9,3 Prozent) sowie bei Bedrohungen (+34 Kinder, +22,4 Prozent). 706 Kinder wurden in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) als Tatverdächtige im Bereich der Gewaltkriminalität erfasst, das sind 25 mehr als im Jahr 2024 (Drs. 23/4445).

Mit dem 2007 vom damaligen CDU-geführten Senat initiierten Konzept „Handeln gegen Jugendgewalt“ wurde ein ressortübergreifendes Maßnahmenpaket zur ganzheitlichen Prävention und Bekämpfung von Jugendkriminalität auf den Weg gebracht. Im Laufe der letzten 19 Jahre hat dieses Paket zahlreiche Veränderungen und Erweiterungen erfahren. Gleichwohl gebieten die Veränderungen der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen, insbesondere vor dem Hintergrund des digitalen Wandels, das Ergreifen weiterer Schritte beziehungsweise die Fortentwicklung bestehender Maßnahmen.

Auch wenn der Senat es nicht wahrhaben will: Aus der Praxis häufen sich die Hinweise, dass die Verrohung vieler Jugendlicher und die Verhaltensauffälligkeiten mancher Kinder in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben. Sei es der durch die verstärkte Zuwanderung in den letzten Jahren gestiegene Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, seien es die psychischen Folgen der Corona-Pandemie oder die ausufernde Mediennutzung schon im Kindesalter, um nur einige Beispiele zu nennen, die veränderten Bedingungen müssen umgehend weitere Präventionsmaßnahmen nach sich ziehen.

Wie sich aus der Antwort auf unsere Große Anfrage, Drs. 22/14419, ergibt, ist eine zentrale Stelle zur Bekämpfung der Jugendkriminalität der polizeiliche Jugendschutz: „Der Jugendschutz hat einen bedeutenden Anteil an der (Jugend-)Präventionsarbeit und Verbrechensbekämpfung der Polizei. Durch die Präsenz des Jugendschutzes ist oftmals eine Entspannung innerhalb der jugendlichen Gruppierungen feststellbar. Polizeiliches Handeln wird erklärt und transparent gemacht, Regeln werden erläutert und Konsequenzen aufgezeigt. Somit können oft schon im Vorfeld geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, bevor es zu Zwischenfällen oder Straftaten kommt. Durch den engen Kontakt zu den Jugendlichen entsteht oftmals ein Vertrauensverhältnis zwischen den Mitarbeitern des Jugendschutzes und den betreffenden Jugendlichen sowie teilweise mit deren Erziehungsberechtigten, sodass der Jugendschutz bisweilen die Rolle des Ansprechpartners übernimmt. Zudem trägt der Jugendschutz mit der Durchführung der NuHG maßgeblich zur indizierten polizeilichen Präventionstätigkeit bei und wird häufig aufgrund der fachlichen Expertise bezüglich dieser Altersgruppe und des bestehenden hohen Erfahrungswissens im Umgang mit Kindern und Jugend-

lichen durch Ermittlungsdienststellen des LKA für weitere präventive Maßnahmen wie Gefährderansprachen eingesetzt.“, führt der Senat selbst aus.

Umso weniger nachvollziehbar ist es, dass ausgerechnet an diesen Dienststellen seit Beginn dieses Jahres 21 Dauerdienstposten gestrichen wurden. Dies geht aus der Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage (Drs. 23/4445) hervor.

Viele der jugendlichen Straftäter, mit denen Jugendschützer in Kontakt kommen, haben einen Migrationshintergrund und teilweise auch Sprachbarrieren. Vor diesem Hintergrund halten wir es noch immer für sinnvoll, die Jugendschützer in Stadtteilen mit hohem Migrationsanteil von Sprach- und Kulturmittlern begleiten zu lassen. Diese treten gegenüber den jungen Delinquenten authentisch auf und werden nicht als Teil der Polizei wahrgenommen. Auch Lehrkräfte an Brennpunktschulen sollten von diesen Sprach- und Kulturmittlern unterstützt werden.

Wie aus der Drs. 23/4445 hervorgeht, fand im Schuljahr 2024/2025 an 79 weiterführenden Schulen in Hamburg kein Präventionsunterricht statt. Dabei soll seit Sommer 2008 an allen Schulen in den Klassenstufen 5 bis 8 verbindlich und flächendeckend zwei Doppelstunden pro Schuljahr Präventionsunterricht durch Polizeibeamte erteilt werden. Uns ist bewusst, dass die zeitlichen Kapazitäten der Polizeibeamten, die den